



Eine neue Feuerwache für Würzburg und die neue Weltordnung im Klimawandel

Die Main-Post berichtete am 30. Januar 2024 vom „entscheidenden Schritt“ für die geplante **zweite Feuerwache**, für die Planungsrecht geschaffen wurde. Seit 10 Jahren wird geplant und mehrere Standorte untersucht. Schließlich hat unter dem Druck, der mit Verweis auf Hilfsfristen erzeugt wurde, eine Mehrheit der Stadträte zugestimmt.

Eine neue Feuerwache kostet nach ersten Beratungen im Stadtrat 50 Millionen Euro. Noch wichtiger allerdings sind die dauernden Belastungen, die sich durch einen zusätzlichen Mitarbeiterstab von ca. 50 Angestellten ergeben. Und das ganze wegen 2 Minuten Überschreitung einer Hilfsfrist, die in Bayern auf 12 Minuten festgelegt wurde. Dabei zeigt sich, dass diese Hilfsfrist von der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF) mit bis zu 14,5 Minuten angegeben wird. Zudem sind die Fristen in den verschiedenen Ländern unterschiedlich. So hat Thüringen 14 bis 17 Minuten, Baden-Württemberg 10 bis 15 Minuten, Brandenburg 15 Minuten und Niedersachsen 95 % in 15 Minuten. Das zeigt deutlich, dass es eine formalistische Vorgehensweise ist, wenn man sich auf genau 12 Minuten festlegt, zumal die Feuerwehren nur zu einem geringen Prozentsatz ihrer Einsätze tatsächlich Brandhilfe leisten. Überwiegend handelt es sich um technische Hilfsleistungen.

Die Festlegung der Hilfsfristen auf Grundlage eines Einsatzszenarios, das weniger als 20 % des Einsatzspektrums ausmacht, darf als fragwürdige Methodik angesehen werden.

Genauso gravierend ist es, wenn eine Betrachtung nur für die Stadt Würzburg angestellt wird und eine Zusammenarbeit mit dem Landkreis nicht ernstlich geprüft und angestrebt wird. Gerade wo der Landkreis sein Feuerwehrzentrum im Klingholz erweitert.

Zudem wird durch eine weitere Aufblähung der Berufsfeuerwehren, **ehrenamtliches Engagement** auch bei den Freiwilligen Feuerwehren der Stadt eingedämmt und signalisiert, dass es auf dieses nicht mehr ankommt. Und andererseits stellt sich angesichts des **Arbeitskräftemangels** auch die Frage, wo denn diese neuen Feuerwehrangeestellten herkommen sollen?

Was hat das nun mit der neuen Weltordnung zu tun?

Wie zuletzt Prof. Herfried Münkler beim Diözesanempfang ausgeführt hat, befinden wir uns gerade im Wandel hin zu einer neuen Weltordnung. Diese für den politisch interessierten Bürger bekannten Entwicklungen werden zu einer Aufspaltung der Machtverhältnisse führen.

Indien, China und ein Block von Drittstaaten sind neue globale Player. Dies wirkt sich in allen Bereichen der Gesellschaft – insbesondere Verteidigung und Wirtschaft – aus. Die Konsequenzen sind für Deutschland im finanziellen Bereich erheblich und die bereits beschlossenen Maßnahmen für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben zeigen dies. Aber auch im Bereich der Sozialausgaben, der Renten, Wohnungsbau und nicht zuletzt bei den Folgekosten des Klimawandels – Beispiel Ahrthal – merken wir dies bereits.

Wer jetzt noch glaubt, wir könnten so weitermachen wie bisher, hat **die Zeichen der Zeit nicht erkannt**. Mehr denn je müssen wir realisieren, dass unser Wohlstand so nicht zu halten ist. Abgesehen davon, dass dieser auch zur jetzigen katastrophalen Situation im Natur- und Artenbereich und zum Klimawandel beigetragen hat.

Doch anscheinend haben auch viele Stadträte den **Klimawandel** noch nicht realisiert, obwohl er im trockenen Franken mit nie gekannten Hitzetagen, Wärmerekorden und Starkregenereignissen die letzten 10 Jahre spürbar ist.

Und genau deshalb ist es unverständlich, eine Feuerwache in einen Bereich zu bauen, der in einem Hochwasserschutzgebiet liegt. Anstatt hier Rückhaltezone zu schaffen und damit auch ein Beispiel zu geben, zeigt die Stadt, dass sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat. Wie will man zukünftig vom Bürger Einschränkungen verlangen – z.B. auch durch Baugebote -, wenn man auf eigener Scholle inkonsequent ist?

Die richtigen Prioritäten setzen als Konsequenz aus den aktuellen Entwicklungen, ist das Gebot der Stunde. Nur gut, dass nach dem Bay. Feuerwehrgesetz und der Gemeindeordnung „die Grenzen der Leistungsfähigkeit“ auch bei der Erfüllung der Feuerwehraufgaben betont wird. Diese Grenzen sind erreicht und wären mit der zweiten Feuerwache überschritten. Insofern bleibt zu hoffen, dass sich die Erkenntnis dieser finanziellen Grenzen durchsetzt. Wir haben wahrlich genug andere Aufgaben.

R. Binder

ÖDP-Fraktionsvorsitzender im Stadtrat von Würzburg